

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
liebe Ortsvorsteher-Kolleginnen und -Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben uns angesichts der Geschlossenheit, mit der alle 3 Fraktionen grundsätzlich hinter dem Haushaltsentwurf der Verwaltung stehen, dieses Jahr auf *kurze* Statements zum Haushalt der Gemeinde für das Jahr 2025 verständigt.

Zunächst, wie ich finde, ein gutes Zeichen großer Geschlossenheit des Gremiums.

Die Aussicht auf einen *frühen Beginn der Umsetzung* dessen, was wir heute Abend beschließen, war ein zusätzliches Argument, den Haushalt früh zu verabschieden und sich nicht in den Details zu verlieren.

Das kann man verantworten, wenn man sich im Wesentlichen im Bereich der Pflichtaufgaben bewegt und aus keiner Fraktion Anträge vorliegen, die das Gesamtgefüge in Frage stellen und die dann natürlich vor einer Beschlussfassung diskutiert und entschieden werden müssten.

Die ganz wesentlichen Eckpunkte des Gemeindehaushalts und die Investitions-Schwerpunkte des Haushaltsjahres 2025 haben Sie, Frau BM'in, bei der Einbringung ja bereits benannt. Auch haben Sie das Umfeld, in dem wir handeln, treffend beschrieben. Sinkende Steuereinnahmen, hohe Personalkosten bei steigender Personalknappheit, wiederholte Missachtung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, der zahlt“) durch Bund und Land.

Daher, wie versprochen, lediglich ein paar grundsätzliche Anmerkungen, die wir als Fraktion „SPD und Freie Bürger“ zum Haushaltsentwurf 2025 machen möchten:

Es ist ein Haushalt in herausfordernden Zeiten, dafür ist es ein erstaunlich zügig aufgestellter und nicht nur aus Sicht der kommunalen Aufsicht genehmigungsfähiger, sondern auch aus Gemeinderatssicht zustimmungsfähiger Haushaltsentwurf geworden.

Und trotz der engen Spielräume ist es kein Haushalt des gerade so Machbaren, sondern ein mutiger und konsequenter Plan für unsere Gemeinde, mit einem klaren Schwerpunkt auf Maßnahmen im Hauptort, die aber alleamt keine allein für den Hauptort sind.

Für den bemerkenswert frühen Zeitpunkt im Kalenderjahr und die zügige Arbeit im Rathaus, die diesen Fahrplan ermöglicht hat, nochmals herzlichen Dank. Angefügt sei, dass der Gemeinderat hierfür auch schon seit geraumer Zeit die Weichen gestellt hat, beispielsweise mit der gemeinsam beschlossenen Ansparphase im Jahr 2024 zur Finanzierung des neuen Feuerwehrhauses und der jetzt konsequenterweise folgenden Umsetzung in 2025.

Ostrach wächst – und das ist in vielerlei Hinsicht ein Gewinn für unsere Gemeinde. Ganz konkret nützt es uns in diesem Jahr bei den Schlüsselzuweisungen des Landes, die den zu erwartenden Rückgang bei der Gewerbesteuer kompensieren können.

Wir müssen aber schon heute mit Sorge beobachten, dass die für unsere Bürgerschaft eminent wichtigen Themen wie Ärzteversorgung, Mobilität, Wohnraum, Kindergarten- und Schulplätze dadurch noch mehr an Bedeutung und Dringlichkeit gewinnen.

Im Investitionshaushalt sind insbesondere das Großprojekt des Neubaus des Feuerwehrhauses zu nennen, das wir schon lange wollten, dann zurückstellen mussten, schließlich ein Anspargungsjahr einplanen mussten und es jetzt endlich anpacken können. Für unsere Feuerwehr und damit für jeden einzelnen von uns eine wichtige Verbesserung. Dies gilt auch für die weiteren Investitionen im Bereich Feuerwehr.

Die Erschließung des interkommunalen Gewerbegebietes ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Ansiedlung neuer Unternehmen und zur Schaffung neuer und zum Erhalt vorhandener Arbeitsplätze in der Gemeinde. Die uns von der Verwaltung zugesagte Sorgfalt bei der Auswahl der Interessenten bitten wir im Auge zu behalten, insbesondere deren Qualität und Potenzial für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

Der Einstieg in ein Nahwärmenetz befürworten wir ausdrücklich als wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Sicherung der Wärmeversorgung.

Wir erweitern den KiGa St. Monika und unsere Schule, um das Gebot einer verlässlichen Grundschulbetreuung umsetzen zu können.

Unser Schulstandort ist uns als Gemeinderat sehr wichtig und wir wollen allen Ostracher Eltern das vorzügliche Angebot an unserem Reinhold-Frank-Schulzentrum und die tolle Lernlandschaft und das engagierte Kollegium unter der Regie von Frau Hertle nochmals ans Herz legen.

In unserem Haushalt 2025 steht ein Betrag von 500.000, -- EUR, den wir als Umlandgemeinde an die Gemeinde Wilhelmsdorf zahlen müssen, weil wir – und andere Umlandgemeinden – durch einen hohen Anteil Ostracher Schüler/innen dort mit dafür verantwortlich sind, dass neu gebaut werden musste.

Unser Appell an die Ostracher Eltern, ihre Kinder mit dem Ziel der mittleren Reife an die Ostracher Gemeinschaftsschule zu schicken und nicht z.B. an die Realschule Wilhelmsdorf, begründet sich in erster Linie, dies ist uns wichtig, in der hervorragenden Schullandschaft, die wir in Ostrach haben.

Aber auch darin, dass wir keine Notwendigkeit erkennen können, obwohl ihre Kinder in Ostrach genau den gleichwertigen mittleren Bildungsabschluss erwerben können wie an einer Realschule, am Ende auch noch einen Neu- oder Erweiterungsbau der Realschule in Wilhelmsdorf mitfinanzieren zu müssen.

Was wir als Gemeinderat tun können, um am Standort Ostrach weiterhin ein attraktives Schulangebot machen zu können, das werden wir tun.

Die Hauptstraße ist – wem sage ich das? – in einem schlechten Zustand und wir begrüßen es sehr, dass hier in einem ersten Schritt endlich Abhilfe geschaffen werden kann.

Was sich leider zu einem Ärgernis entwickelt ist der schleppende Breitbandausbau im Gemeindegebiet. Was vor Jahren mit hohen Zuschusszusagen endlich in die richtige Richtung zu gehen schien, hat sich zu einer Hängepartie entwickelt und ich kann der OEW Breitband GmbH den Vorwurf leider nicht ersparen, dass sie zwischenzeitlich den guten Namen, den die OEW in unserer kommunalen Familie hat, aufs Spiel setzt.

Unsere Betriebe, aber auch die privaten Haushalte und nicht zuletzt die Zuschussgeber in Bund und Land erwarten jetzt endlich einen zügigen Breitbandausbau - und keine Schuldzuweisungen oder eine Verweigerungshaltung aufgrund eines Wechsels des Leistungserbringers.

Wir erwarten jetzt endlich eine kooperative, lösungsorientierte Arbeit der OEW Breitband und eine professionelle, kooperative Haltung der BLS uns als Gesellschafter gegenüber.

Als ich diese Stellungnahme zu Papier brachte war noch offen, wie der Sachstandsbericht am heutigen Abend ausfällt – es besteht, so mein Eindruck am heutigen Abend, wieder einmal Anlass zur Hoffnung, dass es nun endlich vorangeht. Wie hätte der Kaiser gesagt: „Schau mer mal...“.

Noch ein anderes Thema:

Wir erwarten ja in den nächsten Monaten die Diskussion zum Thema „Biosphärengebiet Oberschwäbische Moore“. Ich will der Diskussion zu diesem Thema nicht vorgreifen. Es stehen sicher wieder seitenlange Stellungnahmen der Ortschaften, der kommunalen Gremien und vieler anderer Beteiligter an.

Aus den Erfahrungen mit dem schleppenden Breitbandausbau, dem nicht flächendeckenden Mobilfunknetz, des ausgedünnten ÖPNV bei gleichzeitig überproportionaler Inanspruchnahme unseres Gemeindegebietes für Windkraft und FFPV kann ich dazu in Richtung Stuttgart nur sagen:

Unsere Bereitschaft, irgendwelche weiteren Beschränkungen unseres Gemeindegebietes – und es ist ja nicht etwa so, dass wir davon nicht schon einige hätten - zu akzeptieren im Gegenzug zu vagen, nicht garantierten Verbesserungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, ist, vorsichtig formuliert, nicht sehr ausgeprägt. Wenn die Landesregierung dem ländlichen Raum etwas Gutes tun will, dann möge sie zunächst dafür sorgen, dass hier im Bereich Glasfaser, Mobilfunk, Straße und Gesundheitsversorgung (die Liste ließe sich fortsetzen) gleiche Lebensverhältnisse geschaffen werden, wie es in den Ballungszentren längst der Fall ist.

Dies gehört m.E. durchaus in eine Haushaltsrede, denn irgendwann wird unsere funktionierende kommunale Selbstverwaltung in Frage gestellt, wenn die Kommunen einerseits im Regen stehen gelassen werden, während zeitgleich die Aufgaben steigen. Und alles, was von irgendwoher bezuschusst wird, muss ja auch immer mit einem beträchtlichen Eigenanteil der Kommunen finanziert werden.

Noch ein Wort zum Thema Grundsteuer, auch wenn die Gemeinde hier letztlich nur Vorgaben umsetzte und trotzdem die volle Wucht des Unverständnisses aus der Bevölkerung abbekommen hat.

Vielen Dank an die Finanzverwaltung für eine große Beratungsleistung.

Wir beantragen, vor Einbringung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2026 den Gemeinderat über das Für und Wider der Einführung einer Grundsteuer C zu informieren und hierzu rechtzeitig eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Wir sind der Auffassung, diese Grundsteuer für unbebaute, aber baureife Grundstücke hilft der Gemeinde bei der Baulandgewinnung und verhindert dadurch einen ausufernden Flächenverbrauch.

Und sie kann, wenn weiterhin die Aufkommensneutralität der Maßstab ist, dazu führen, dass das Gros der Grundsteuerzahler in Zukunft entlastet werden kann, und sei es nur durch stabile Hebesätze.

Wir feiern in diesem Jahr das 50-jährige Gemeindejubiläum, der Festakt gleich zu Beginn des Jahres war ein Zeichen großer Geschlossenheit, Ost- und West ist zusammengewachsen.

Es macht Freude, an der Gestaltung der Gemeinde mitzuwirken. Das liegt nicht zuletzt an der guten Arbeit, die die Verwaltung macht. Dafür an alle im Rathaus und im Bauhof einen herzlichen Dank.

Ebenso an alle hier im Gremium für das konstruktive Miteinander.

Die Gemeindefinanzen sind geordnet, wir nutzen die vorhandenen Spielräume aus, mit Blick für das Machbare, aber trotzdem ambitioniert und nachhaltig.

Der Blick in den Ergebnishaushalt lässt keine spektakulären Veränderungen erkennen, die Eigenbetriebe sind solide aufgestellt, wenngleich auch die dort stets als „rentierliche Schulden“ bezeichneten Kreditverpflichtungen letztlich Schulden sind. Aber auch da sind wir noch im grünen Bereich.

Es vermittelt ein gutes Gefühl, einen Haushalt aufzustellen, wenn man das Jahr tatsächlich noch vor sich hat. Nehmen wir uns vor, so in Zukunft immer zu verfahren.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.